



Sprecherin für Wohnungspolitik und Mitglied im Petitionsausschuss

No 3 / Juli 2010



Marx zur Krise: „Ich hab’s Euch doch gesagt!“

Kürzen des Wohngeldes verhindern!

Als „weiteres zutiefst unsoziales Vorhaben“ kritisiert Heidrun Sedlacik, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, den Plan der Bundesregierung, nicht nur die Heizkostenpauschale für Wohngeldempfänger, sondern auch das Wohngeld um fast 40 Prozent zu kürzen. In Thüringen wären davon etwa 40.000 Haushalte betroffen.

Die erst im Januar 2009 in Kraft getretene Wohngelderhöhung sei zwar ein kleiner, aber ein wirksamer Beitrag gegen die wachsende Wohnarmut gewesen, sagt die Abgeordnete und erinnert daran, dass es Aufgabe einer sozialen Wohnungspolitik sei, Wohnraumversorgung für alle Haushalte zu gewährleisten. „Eine angemessene und bezahlbare Wohnung darf kein Luxus sein, sondern ist Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und Menschenwürde und damit soziales Grundrecht“, so die Abgeordnete der LINKEN. In diesem Sinne leiste das Wohngeld einen unerlässlichen Beitrag. Zudem würde die Zahl der Menschen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft angemessenen Wohnraum zu bezahlen, ständig steigen.

„Eine Kürzung wäre unsozial, ungerecht und völlig inakzeptabel“, sagt die Linksfraktionärin und fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat vehement gegen den Plan vorzugehen.

Mit Blick auf die klammen Kassen der Kommunen warnt die Abgeordnete: „Wenn Haushalte durch gekürztes Wohngeld wieder in den Hartz IV-Bezug fallen, rollt eine Kostenlawine auf die Kommunen zu, die diese nicht mehr schultern können.“

Selbstanzeige

Hiermit zeige ich selbst an, dass ich die Diätenerhöhung für Landtagsabgeordnete im Thüringer Landtag nicht mittrage. Wenn überall im Land SCHRUMPFEN angesagt ist, sollten wir als Politiker zuerst Maß halten! Deshalb mache ich hiermit bekannt, dass ich meine monatliche Spende an die Alternative 54 Erfurt e.V. um 55 Euro erhöht habe, um somit gemeinnützige Vereine gezielt unterstützen zu können.

Erst kürzlich übergab ich der Pöbnecker Tafel e.V. (siehe Foto) und dem Musikprojekt des Pöbnecker Gymnasiums je 500 Euro Spende für die Unterstützung ihrer hervorragenden Tätigkeit.

Dafür trage ich gern die Verantwortung. Dagegen lehne ich die Umsetzung des Artikels 54 (automatische Diätenerhöhung) in der Thüringer Verfassung ab.

Heidrun Sedlacik

Vorsitzende der Alternative54 Erfurt e.V.



Termine im Juli:

- 07.07. Demo „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ ab 16.00 Uhr auf dem Marktplatz in Pöbneck
- 10.07. Proteste gegen „Rock für Deutschland“ in Gera
- 15.07. Veranstaltung zur Programmdebatte der Linken Thema Afghanistan mit MDB Paul Schäfer
- 17. - 18.7. cuba si - Landestreffen in Brückla
- 17.07. aktueller Film über die Provinz Guantanamo
- 19.07. 15.00 Uhr - 17.00 Uhr Bürger-sprechstunde in Triptis
- 28.07. 15.00 Uhr Linksaktiv
- 01.08. Frühschoppen der LINKEN vor „Vaters Gaststätte“

Landtag aktuell:

Bodo Ramelow: Schwarz-gelbes Sparpaket ist Wahlbetrug

Angesichts der mit dem schwarz-gelben Sparpaket geplanten drastischen Sozialkürzungen spricht der Fraktionschef der Thüringer LINKEN, Bodo Ramelow, von "Wahlbetrug". Er verweist darauf, dass sich die Koalition "in der entscheidenden Frage einer gerechten Steuerpolitik und besseren Einnahmesituation kaum bewegt hat".



Erneut würden vor allem Arbeitslose und ihre Familien belastet. "Statt Konzepte für Arbeit zu entwickeln, statt Steuergerechtigkeit herzustellen, statt für eine chancengerechte Bildung zu sorgen, werden nur wieder einzelne Betroffenengruppen, unter ihnen die Schwächsten der Gesellschaft, vorgeführt", betont Ramelow und kündigt den entschiedenen Widerstand der LINKEN gegen dieses Sparen im Sozialbereich an.

Der Oppositionsführer im Thüringer Landtag fordert "eine vernünftige Vermögenssteuer und eine Erbschaftssteuer, die diesen Namen verdient". Es sei allerhöchste Zeit, dass die wirklich Vermögenden in dieser Gesellschaft wieder stärker herangezogen werden. Damit würde in Deutschland "nur europäische Normalität hergestellt", sagt der LINKEN Politiker. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer strikten Kontrolle und Gewinnabschöpfung bei den Finanzjongleuren, die diese dramatische Krisen-Situation herbeigeführt haben.

Es gehe um nicht mehr und nicht weniger als den Erhalt der Grundlagen des Sozialstaates. Alles andere "wäre eine Katastrophe für unser Land und das Ende der Merkel-Regierung auf jeden Fall", prognostiziert der Fraktionschef.

Polizeieinsatz gegen jugendliche Nazigegner in Pöbneck wird Thema im Innenausschuss

Gegen eine "Stigmatisierung und Kriminalisierung unliebsamer Nazi-Gegendemonstranten" am 12. Juni 2010 in Pöbneck protestiert, Katharina König, die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag.

Nach einem Aufzug von etwa 100, vorwiegend jugendlichen, Demonstranten gegen den neonazistischen "Thüringentag" in Pöbneck sei es auf der Abschlusskundgebung zu willkürlichen Zugriffen der Polizei gegen mindestens fünf Teilnehmer gekommen. "Die Betroffenen wurden unter Einsatz von Gewalt durch mehrere Beamte einer Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) aus der Kundgebung gezogen. Der Vorwurf lautete: „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§86a StGB). Die Betroffenen trugen auf ihrer Kleidung das Logo der antifaschistischen Kampagne „Good night white pride“, die sich gegen die Unterwanderung linker Musikkulturen durch Neonazis wendet. Das Motiv bildet schemenhaft u.a. eine unterworfenen Person mit einem stilisierten Keltenkreuz als Symbolisierung von Neonazismus ab. Dieses, auf der Kleidung der Betroffenen etwa zwei Zentimeter große Detail nutzte die Polizei als Anlass zur gezielten Festnahme einzelner Personen sowie zur Eskalation und Kriminalisierung des Protestes." Die Maßnahmen der Polizei entbehrten jeglicher rechtlicher Grundlage und dienten "einzig der Stigmatisierung und Kriminalisierung unliebsamer Gegendemonstranten", kritisiert Katharina König MdL als Anmelderin und verweist auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs (AZ 3 StR 486/06), in dem es heißt: "Der Gebrauch des Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation in einer Darstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, läuft dem Schutzzweck des § 86 a StGB ersichtlich nicht zuwider und wird daher vom Tatbestand der Vorschrift nicht erfasst."



Die Linksfraktion im Landtag kündigt an, den Polizeieinsatz im Innenausschuss zu thematisieren.

Impressum:

Die Linke.aktiv erscheint monatlich und wird kostenlos versendet/verteilt. Fragen, Reaktionen und Hinweise bitte an:
Wahlkreisbüro Heidrun Sedlacik, Gerberstraße 45, 07381 Pöbneck, per Mail: WKB@sedlacik.de, oder rufen Sie an:
03647 - 447 914 (Sprechzeiten Mo + Di von 10.00 - 16.00 Uhr und Freitags von 10.00 bis 13.00 Uhr)
Landtag Heidrun Sedlacik Fraktion Die Linke., Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt; Telefon: 0361 - 3772311,
e-Mail: sedlacik@die-linke-thl.de Homepage: www.sedlacik.com

